

Liest man die in diesem Heft vorliegenden Beiträge zum Thema *Mieten und Wohnen* dann ist man versucht aus der Fülle der Überlegungen lediglich zwei herauszuchiffrieren: zentrales Mittel der Abhilfe und Gegenwehr ist die „kollektive Selbsthilfe“ und Modelle dazu liegen schon in ersten – vorbildlichen und verallgemeinerbaren? – Formen vor.

Da ist zunächst eine zentrale staatliche Politik der Wohnungsmodernisierung und Mietrechtssetzung, die auch im Bereich der Wohnungspolitik alle bisherigen realen oder vermeintlichen Reformspielräume einschnürt. In der allgemeinen Wirtschaftspolitik wie im Wohnungsbau gilt wieder ganz uneingeschränkt der unbedingte Vorrang der berühmt berüchtigten Privatinitiative.

Die ganze entmutigende Tragweite dieser Tatsache erschließt sich erst dann, wenn man gleichzeitig feststellt, daß die sozial-kulturellen und politisch-parteilichen Gegenbewegungen im Bereich *Mieten und Wohnen* weitgehend abgeschnitten sind von all dem, was in den großen Parteien hier an politischen Vorschlägen formuliert wird. Für ihre sozialen Forderungen besitzen sie hier nicht einmal eine Lobby, ganz zu schweigen von einer öffentlichen politischen Unterstützung ihres demokratischen Widerstandsrechts aus breiteren Reihen dieser Parteien.

Wenn aber – lokal wie überlokal – in den Parlamenten die Interessen und Forderungen der Initiativen kaum mehr vertreten sind, gibt es dann nicht wenigstens außerparlamentarische Interessenverbände über die nicht hinwegzugehen ist? Auch hier nutzt es nichts sich etwas vorzumachen – der Bericht über die Mieterbundstagung in diesem Heft spricht eine eindeutige Sprache. Bei allen Forderungen, die es auch zum Problem *Mieten und Wohnen* heute in den Gewerkschaften wieder geben mag: der Gleichschritt zwischen der herrschenden Parteienpolitik und zentralen DGB-Politik läßt oft nur geringe lokale Spielräume nicht einmal für ein praktisches Engagement der Gewerkschaften, sondern auch nur von Gewerkschaftlern, in Sachen Mieten und Wohnen.

So scheint denn Selbsthilfe das Gebot der Stunde zu sein, wenn die eigenen elementaren Bedürfnisse in der herrschenden Politik nicht mehr repräsentiert sind und die Organisationen der eigenen gesellschaftlichen Interessenvertretung kaum als Instrumente bewegbar zu machen sind. – Selbsthilfe nicht als unmittelbar bauliche technische Betätigung, sondern im weiteren Sinne der *politischen und sozialen Selbstverteidigung unter den Bedingungen einer weit gehenden Isolierung* von den etablierten Institutionen der Interessenvertretung. So gesehen ist Selbsthilfe allerdings nicht selbstverständlich, solange bewußt bleibt, daß in den meisten Formen von Selbsthilfe auch etwas von einem *aufzuerzwingenden Verzicht* auf grundsätzlichere von relevanten Teilen der Gesellschaft und ihren Interessenvertretungen im Staat getragenen Lösungen steckt, aber auch ein *nicht aufzugeben der Anspruch*: mit allen Mitteln zu versuchen, die traditionellen Instrumente der Artikulation der eigenen sozialen und politischen Interessen, Mieterorganisationen, Gewerkschaften und auch Kräfte in den Parteien, für sich wieder funktionsfähig zu machen. Dies zu vergessen oder vergessen zu machen, darin liegt eine Bedrohung, die nicht nur im Gewand jener „Privatinitiative des Bürgers“ einherschreitet, die der neue Konservatismus als Alternative zum bürokratischen Sozialstaat formuliert. Auch die architektonische De-

batte, die Diskussion über „small is beautiful“ hat die Gefahr in sich, daß hier aus der Not eine Tugend gemacht werden soll.

Damit sind wir bereits bei der zweiten – wie wir meinen zweifelhaften – Selbstverständlichkeit über Selbsthilfe angelangt, bei der Frage nach ihren sozialen Trägern und Inhalten. Tatsächlich sind jene Formen der Selbsthilfe, die auch in diesem Heft in erster Linie angesprochen werden – Formen kollektiver Selbstorganisation zur Verbesserung des Gebrauchswerts von Wohnung und Wohnumfeld – nicht zufällig in traditionellen Arbeitersiedlungen wie z.B. denen des Ruhrgebiets entstanden, dort also, wo sich ein Bewußtsein für gemeinsame Interessen in langen Jahren des Wohnens und Arbeitens herangebildet hatte. Hier muß nun die Frage nach der Übertragbarkeit solcher Modelle gestellt werden und zwar in zweierlei Richtung:

– einmal in Richtung auf die Problemlagen in den „modernisierungswürdigen“ *alten Bürgervierteln*: ist hier die mögliche soziale Basis nicht zu inhomogen und oft allzu schmal für eine kollektive Gegenwehr gegen die Bedrohung durch Privatmodernisierungen? Hier wohnt nämlich auf der einen Seite jener Mittelstand, der auch eine solche Form der Modernisierung verkraften kann, und nur zu einem geringen Teil wohnen hier Studenten, ältere alleinstehende Bürger und andere, für die nach einer solchermaßen verordneten „Wohnaufwertung“ mit ihren finanziellen Konsequenzen kein Platz mehr ist und die deshalb zu kollektiver Gegenwehr gezwungen sind.

– zum anderen in Richtung auf die Problemlagen in jenen *alten Arbeitervierteln* innerhalb derer sich für die Besitzer „Modernisierung“ gleich welcher Art nicht auszahlt und die akuten Verslumungstendenzen ausgesetzt sind und wo bei hoher Fluktuation je nach Sprachregelung „filtering-down“ Prozesse oder eine „ungesunde Sozialstruktur“ dominieren: Auch hier muß gegenüber der Übertragung kollektiver Selbsthilfeforstellungen Skepsis am Platz sein: in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit, unter Bedingungen, wo Lohn- und Arbeitsplatzsituation dazu zwingen, auch bei der Ware Wohnung mit jedem Pfennig zu rechnen – kurz überall dort, wo die unmittelbaren Probleme des Arbeitslebens auch nur bescheidene Hoffnungen auf ein „sich Einrichten“ weit in den Hintergrund treten lassen, da ist mit Modernisierungsideen gleichwelcher Provinienz wohl wenig zu holen.

In den *Siedlungen des „neuen Bauens“ der 20/30er Jahre* und in den „*Neubausiedlungen*“ unsres Sozialstaates BRD haben wir es bei Ansätzen des Kampfes gegen Mieterhöhungen und schikanöse Mittel der Bewirtschaftung wieder mit „kollektiver Selbsthilfe“ anderer Art zu tun. Hier rücken zunächst einmal jene Probleme die in den meisten der nachfolgenden Beiträge im Vordergrund stehen – die Frage nach dem Gebrauchswert der Wohnung, des Wohnumfelds und Wohnquartiers – gegenüber dem natkten Zwang des finanziellen Auskommens in den Hintergrund. In der Abwehr ökonomischer Übergriffe der großen Profiteure am Geschäft mit dem Wohnungsbau werden der überkommene Lebensalltag und die angewöhnten wie aufzuerzwingene Lebensweisen zunächst eher verteidigt, denn in Frage gestellt.

Verallgemeinerbare „Modelle“ kann es also wohl kaum geben und auch dem architektonischen Bemühen um *besseres Wohnen* sind in den meisten Feldern der Auseinandersetzung um

Wohnen und Mieten wohl engere Grenzen gesetzt als es erste sehr spezielle Beispiele aus Traditionssiedlungen vermuten lassen. Was sich in allen genannten Beispielen vielmehr gleichermaßen andeutet ist eine *Tendenz und Probleme* auf die wir noch keine Antwort haben:

– die Tendenz, nicht allein im Berufsleben und am Arbeitsmarkt einen ganzen Teil – nicht nur der arbeitenden – Klassen und sozialen Gruppen unserer Gesellschaft an den Rand und ins Abseits zu drängen: für viele noch nicht und nicht mehr arbeitende und dazu noch die steigende Zahl derer, die von Arbeitslosigkeit und Dequalifizierung bedroht sind, soll es weder in der verbesserungswürdigen Altbauvierteln noch im sozialen Wohnungsbau mehr Platz geben.

– unser Problem: können sich diese inhomogenen Gruppen von Betroffenen noch erfolgreich organisieren? und weiter: wie kann jener Interessensdifferenz und jene oft wechselseitige Gleichgültigkeit überwunden werden, auf die eine Modernisierungspolitik im Betriebs- und Wohnbereich gleichermaßen spekuliert? Wir meinen die Interessensdifferenz und die Gleichgültigkeit zwischen denen, für die bei dieser Politik noch etwas „drin“ ist, die meinen, mithalten zu können und zu müssen und jenen, die dabei „herausfallen“?

Nur wenn solche Tendenzen genauer analysiert und die darin angelegten Probleme beantwortbar werden, können wir der Gefahr entgegen, mit „Selbsthilfe“ lediglich die Strategien – auch proletarischer – Randgruppen gegenüber den weiterhin angetasteten Integrations- und Ausscheidungsstrategien eines autoritären Sozialstaats zu vertreten, in den mehr inkorporiert ist als nur das Interesse von Monopolen. Die Nagelprobe auf den Erfolg solcher Spaltungs- und Auslesestrategien wird dabei wohl bei den Auseinandersetzungen in den großen Arealen des sozialen Mietwohnungsbaus um die Frage der Mietbelastung stattfinden. Hier wird und muß es sich erweisen, wie weit es gelingt, den Kern der organisierten Facharbeiter und Angestellten innerhalb eines solchen politisch-autoritären und ökonomisch-liberalistischen Modells von Politik und Wohnungspolitik bei der Stange zu halten: hier wird es sich auch zeigen, ob der Druck von unten mehr ins Rollen bingen kann, als eine Neuauflage der obrigkeitstaatlichen Debatte über „soziale Abfederung“ wohnwirtschaftlicher Rationalisierung innerhalb derer selbstverständlich auch Mieterverbände und Gewerkschaften ein Wort mitreden dürfen. Vielleicht kann die dort heute schon einsetzende Gegenwehr in mehr einmünden: in eine *selbsttätige Praxis*, der die Konzeptionen von Selbsthilfe und die Träger, mit denen wir es heute zu tun haben, nicht mehr entfremdet gegenüberstehen.

Adalbert Evers / Marc Fester / Sabine Kraft / Nicolaus Kuhnert